

## **Beschlussempfehlung und Bericht des Verteidigungsausschusses (12. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Fraktion der CDU/CSU  
– Drucksache 20/10618 –**

### **Bündnis- und Verteidigungsfähigkeit nachhaltig sichern – Strategie zur Stärkung der deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie umgehend anpassen**

#### **A. Problem**

Nach Ansicht der Antragsteller unternimmt die Bundesregierung bisher keine ausreichenden Schritte zur dringend notwendigen Stärkung der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie. Diese habe große Schwierigkeiten, Produktionskapazitäten zu steigern, was vielfach zu Liefer- und Ausrüstungsengpässen führe. Gleichzeitig habe Russland die Umstellung zur Kriegswirtschaft vollzogen.

Das Bundeskabinett habe im Juni 2023 die Nationale Sicherheitsstrategie beschlossen und darin die Aktualisierung des im Jahr 2020 vorgelegten Strategiepapers der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie avisiert.

Deutschland brauche für eine glaubhafte Abschreckung und wirksame Bündnis- und Landesverteidigung eine effiziente, innovative und leistungsfähige nationale Sicherheits- und Verteidigungsindustrie. Zur Steigerung ihrer Wettbewerbs- und Kooperationsfähigkeit benötige diese an die veränderte Sicherheitsarchitektur angepasste Rahmenbedingungen. Die Verteidigungsindustrie müsse in der Lage sein, zu erwartende Technologiesprünge mithalten und intensiverer hybrider Kriegsführung begegnen zu können.

#### **B. Lösung**

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP und der Gruppen Die Linke und BSW gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD.**

**C. Alternativen**

Keine.

**D. Kosten**

Wurden nicht erörtert.

## **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 20/10618 abzulehnen.

Berlin, den 5. Juni 2024

## **Der Verteidigungsausschuss**

**Dr. Marie-Agnes  
Strack-Zimmermann**  
Vorsitzende

**Johannes Arlt**  
Berichterstatter

**Thomas Röwekamp**  
Berichterstatter

**Sara Nanni**  
Berichterstatterin

**Alexander Müller**  
Berichterstatter

**Rüdiger Lucassen**  
Berichterstatter

**Dr. Dietmar Bartsch**  
Berichterstatter

**Zaklin Nastic**  
Berichterstatterin

## Bericht der Abgeordneten Johannes Arlt, Thomas Röwekamp, Sara Nanni, Alexander Müller, Rüdiger Lucassen, Dr. Dietmar Bartsch und Zaklin Nastic

### I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 20/10618** in seiner 161. Sitzung am 22. März 2024 dem Verteidigungsausschuss zur federführenden Beratung und dem Auswärtigen Ausschuss, dem Haushaltsausschuss und dem Wirtschaftsausschuss zur Mitberatung überwiesen.

### II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Eine wirtschaftspolitische Strategie für den Rüstungsstandort Deutschland sei in nationalem und europäischem Interesse. Wenn die Haushaltsplanung für die Bundeswehr und die Finanzierung über die Jahre des verfügbaren Sondervermögens hinaus unsicher seien, stelle dies keine ausreichende Planungssicherheit für Unternehmen dar. Trotz erhöhter Auftragslage stagniere die Produktion westlicher Rüstungsunternehmen, während Unternehmen in Asien und im Nahen Osten ihre Einnahmen im Jahr 2023 deutlich gesteigert hätten.

Eine intransparente und ineffiziente Ausführungsgenehmigungspraxis sowie Verzögerungen bei der Bearbeitung von Ausfuhranträgen erschwerten die Rahmenbedingungen für die Industrie. Hier seien zwar schon erste Maßnahmen umgesetzt worden, aber es seien weitere Verfahrenserleichterungen notwendig, um international als zuverlässiger Partner gesehen zu werden.

Der Deutsche Bundestag solle die Bundesregierung deswegen auffordern, umgehend eine Aktualisierung des Strategiepapiers der Bundesregierung zur Stärkung der Verteidigungsindustrie in Deutschland vorzulegen, das unter anderem eine Einstufung der Verteidigungs- und Rüstungsindustrie als national unverzichtbare Schlüsseltechnologie und deren nachhaltige Förderung, Erhalt und Ausbau sowie eine transparente und effiziente Ausfuhrkontrolle enthalten solle.

### III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag in seiner 66. Sitzung am 5. Juni 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD bei Abwesenheit der Gruppen Die Linke und BSW die Ablehnung des Antrags.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag in seiner 79. Sitzung am 24. April 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP und der Gruppen Die Linke und BSW gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags.

Der **Wirtschaftsausschuss** hat den Antrag in seiner 77. Sitzung am 5. Juni 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP und der Gruppe Die Linke gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD die Ablehnung des Antrags.

### IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Verteidigungsausschuss** hat den Antrag in seiner 66. Sitzung am 5. Juni 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP und der Gruppen Die Linke und BSW gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD die Ablehnung des Antrags.

Im Verlauf der Ausschusssitzung führte die **SPD-Fraktion** aus, es bestehe Einigkeit, dass eine langfristige Planungssicherheit für die Sicherheits- und Verteidigungsindustrie und die Einbeziehung des Mittelstands wün-

schenswert seien. Dass mit dem Sondervermögen viele Beschaffungen außerhalb Europas vorgenommen würden, sei derzeit unvermeidbar, da der Faktor Zeit an Gewicht gewonnen habe und man schnell handeln müsse. Langfristig seien mehr Beschaffungen aus Europa anzustreben. Die Forderungen des Antrags seien teilweise ungenau oder stünden im Widerspruch zueinander. Im Bereich der Exportkontrolle gebe es seit Sommer 2023 einige Erleichterungen, was auch industrieseitig in Gesprächen bestätigt werde.

Die **Fraktion der CDU/CSU** äußerte, das letzte Strategiepapier der Sicherheits- und Verteidigungspolitik stamme aus der Zeit vor der Zeitenwende und seitdem seien die Herausforderungen in der Verteidigungs- und Industriepolitik andere. Munition könne nur schleppend produziert werden und auch die Aufstockung von Produktionskapazitäten sei aufgrund der Rahmenbedingungen schwierig. Ein langfristiger Frieden in Europa sei nur durch Abschreckung möglich, wofür eine gut ausgestattete Bundeswehr notwendig sei. Die Abhängigkeit von Rüstungsgütern, die außerhalb Europas und insbesondere in den USA beschafft würden, sei groß. In Bezug auf Rüstungsexporte habe die Bundesregierung zwar mehrfach ein Rüstungsexportkontrollgesetz angekündigt, aber es liege bislang kein Entwurf vor. Industriepolitisch seien verbindliche Exportleitlinien jedoch von großer Bedeutung.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** schloss sich den Ausführungen der SPD-Fraktion an und regte an, den Blick auf Brüssel zu richten, wo EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen kürzlich eine Strategie für die europäische Verteidigungsindustrie vorgelegt habe. Zudem gebe es mittlerweile in Europa konkrete Werkzeuge wie beispielsweise Forschungsgelder und Bedarfsanalysen, um europäische Absätze zu stärken.

Die **FDP-Fraktion** betonte, der Antrag behandle ein wichtiges Thema und es sei ein guter Ansatz, von der intransparenten Exportkontrollpolitik der vergangenen Legislaturperioden abzuweichen. Obwohl die Sicherheits- und Verteidigungsindustrie im Rahmen der EU-Taxonomie nicht negativ eingestuft worden sei, sei die Industrie dennoch mit einem negativen Bild behaftet. Die Forderungen des Antrags, den Fokus auf nationale Produktion zu richten, widersprächen den Forderungen nach gemeinsamen Beschleunigungen auf europäischer Ebene. Die FDP-Fraktion stehe jedoch klar für eine europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

Die **Fraktion der AfD** betonte, der Antrag decke sich mit den Forderungen der AfD-Fraktion und es sei richtig, das Thema parlamentarisch zu behandeln. Wichtig sei es, besonders mittelständische Unternehmen dabei zu unterstützen, als Auftragnehmer der Bundesregierung tätig zu werden, da sich die gesteigerte Rüstungsproduktion in Deutschland auf wenige Konzerne konzentriere und Mittelständler eher als Unterauftragnehmer fungierten. Auch die Länder müssten animiert werden, Zivilklauseln an Universitäten abzuschaffen, um militärische Forschung zu fördern.

Die **Gruppe Die Linke** verzichtete auf einen Redebeitrag.

Die **Gruppe BSW** verzichtete ebenfalls auf einen Redebeitrag.

Berlin, den 5. Juni 2024

**Johannes Arlt**  
Berichterstatter

**Thomas Röwekamp**  
Berichterstatter

**Sara Nanni**  
Berichterstatterin

**Alexander Müller**  
Berichterstatter

**Rüdiger Lucassen**  
Berichterstatter

**Dr. Dietmar Bartsch**  
Berichterstatter

**Zaklin Nastic**  
Berichterstatterin





